



## Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

### **Pflanzen schützen, Zukunft der Ernährung sichern: Für einen praxisgerechten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. der Hopfenanbau in Bayern unter besonderen staatlichen Schutz gestellt wird und künftig keinen Bewirtschaftungseinschränkungen unterworfen wird,
2. das von der EU-Kommission geplante Gesetz zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) nicht in der derzeitigen Fassung zur Anwendung kommt,
3. die Kampagne „Pflanzen schützen, Zukunft sichern“ der Familienbetriebe Land und Forst e V. in Bayern politisch unterstützt wird

### **Begründung:**

Die EU-Kommission plant derzeit eine drastische Verringerung des chemischen Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der nach vorläufigen Studien insbesondere den Hopfenanbau stark treffen wird. Um den Hopfen als eine der wichtigsten Kulturpflanzen Bayerns zu schützen, muss die Staatsregierung deshalb schnellstmöglich Maßnahmen ergreifen, um den Anbau weiterhin uneingeschränkt zu ermöglichen. Das geplante Gesetz zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) stellt aber auch eine Bedrohung für die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns insgesamt dar.

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Betriebsaufgaben ist eine weitere Verschärfung von Bewirtschaftungsauflagen nicht hinnehmbar. Zumal die allgemeine Ernährungssituation infolge des Ukrainekrieges den Luxus zukünftig sinkender Ernteerträge in Bayern schlichtweg nicht zulässt. Vor diesem Hintergrund müssen vor allem die Praktiker wieder mehr Gehör finden, die sich bereits unter dem Schirm der Familienbetriebe Land und Forst zusammengeschlossen haben, um gegen die geplanten Maßnahmen der EU aufzubegehren. Die Politik sollte sich die Argumentation dieses Fachpersonals aus der Praxis zu eigen machen und nicht weiter untätig der willkürlichen Zerstörung unserer Ernährungsgrundlagen zusehen.